

Mitglied Gruppe FDP/FW

Ausschussvorsitzender Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe GrünUnabhängigSozial

Stellv. Ausschussvorsitzende Petra Stomberg

Mitglied Gruppe CDU/WBV

Ausschussmitglied Martin Ehlers

Mitglied SPD-Fraktion

Ausschussmitglied Nurhayat Bakir

Ausschussmitglied Christina Heide

Freie Jugendhilfe

Ausschussmitglied Elke Heckmann

Ausschussmitglied Andreas Koût

Ausschussmitglied Gerda Rohlfing

Ausschussmitglied Rüdiger Schaarschmidt

beratende Mitglieder

Vertreterin der Interessen ausländischer Kinder u. Jugendlicher

beratendes Mitglied Hildegard Biermann

Elternvertreterin

beratendes Mitglied Petra Schrecker-Steinborn

Lehrervertreterin

beratendes Mitglied Renate Sopp-Dreyer

Ev.-luth. Kirche

beratendes Mitglied Doris Voges

in der Jugendhilfe erfahrene Person

beratendes Mitglied Jürgen Hoffmann

Dezernent

Erster Stadtrat Armin Schönfelder

Stadtjugendpfleger

beratendes Mitglied Jan Gerjets

von der Verwaltung - Jugendamt

Andreas Leonhardt

Jörg Ratzmann

Protokollführer

Jürgen Broda

Gast

Lennard Pieper

Jugendparlament

Es fehlen entschuldigt

beratendes Mitglied Bernhard Busemann

beratendes Mitglied Andreas Bolten

Grundmandat Mirco Danner

beratendes Mitglied Cordula Franke

Grundmandat Irina Moriß-Kappes

Ausschussmitglied Astrid Zaage

in der Jugendhilfe erfahrene Person

Röm.-kath. Kirche

AfD-Fraktion

Gleichstellungsbeauftragte

AfD-Fraktion

Mitglied Gruppe CDU/WBV

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11. September 2019
- 4 Vorstellung des Handlungskonzeptes Integration (1. Lesung)
- 5 Vorlagen an den Rat
- 5.1 Ergebnisse Zuschussverhandlungen Großtagespflege in Wilhelmshaven **342/2019**
- 5.2 Jugendparlament - Wahl- und Geschäftsordnung **343/2019**
- 6 Mitteilungen und Anfragen
- 6.1 Kita-Online - aktueller Sachstand
- 6.2 Kostenvergleich: städtische Kita - Kita freier Träger
- 6.3 Großtagespflege – Sachstand
- 6.4 Sprachförderung Land Niedersachsen § 18 a KiTaG
- 6.5 Kita-Plätze

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Schulte eröffnet die Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Er erteilt der Gastgeberin, Frau Bröcker, Leiterin der Kindertagesstätte Südsterne – dem heutigen Sitzungsort – das Wort.

Frau Bröcker informiert darüber, dass der Südstern seit nunmehr knapp 25 Jahren besteht und eine von fünf Kinderbetreuungseinrichtungen der Wilhelmshavener Kinderhilfe (WiKi) sei. Aus der als „klassischer“ Kindergarten gestarteten Einrichtung, also der ausschließlichen Betreuung von Kindern zwischen 3 und 6 Jahren, ist nach Erweiterungen durch Hort und zuletzt Krippe zwischenzeitlich eine Kindertagesstätte mit Komplettangebot für Kinder erwachsen. In vier Kindergartengruppen (Ü 3) – davon drei integrativ – einem Hort und einer Krippengruppe werden nunmehr insgesamt 106 Kinder unterschiedlichster Nationen betreut.

2 Feststellung der Tagesordnung

Die Feststellung der Tagesordnung erfolgt einstimmig.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

3 Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11. September 2019

Die Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung vom 11. September 2019 wird bei zwei Enthaltungen einstimmig genehmigt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

4 Vorstellung des Handlungskonzeptes Integration (1. Lesung)

Herr Schönfelder sieht kein Problem darin, dass der Ausschuss zwar fristgerecht, aber auch erst kürzlich, das rund 100 Seiten umfassende ‚Handlungskonzept Integration‘ erhalten habe. In der heutigen 1. Lesung gehe es ja zunächst um grundsätzliche Informationen und erst in einer der nächsten Sitzungen solle es dann zur Beschlussfassung kommen. Es verbleibe also noch ausreichend Zeit sich hiermit **(Anlage 1)** - auseinanderzusetzen.

Herr Dr. Schulte regt für die weiteren Beratungen die Beteiligung des Sozialausschusses an.

Herr Leonhardt informiert, dass Herr Päsler, im Rahmen seiner Tätigkeit der Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe, einen großen Anteil an der Arbeit für die Fortschreibung des Handlungskonzeptes Integration geleistet habe. Leider könne er das Konzept krankheitsbedingt nicht selber vorstellen.

An dem Beteiligungsprozess zur Erstellung des Konzeptes war die Politik über die Vorsitzenden des Jugendhilfe- und des Sozialausschusses eingebunden. Fachleute, freie Träger und andere Organisationen und Personen hatten die Möglichkeit, sich im Rahmen von mehreren Themenworkshops und während des Fachtages Integration im Februar dieses Jahres inhaltlich einzubringen. Die aus den verschiedenen Veranstaltungen und Gesprächen gewonnenen Erkenntnisse hätten Eingang in das Konzept sowie die darin definierten Ziele und Maßnahmen gefunden.

Der umfangreiche Beteiligungsprozess sei gut und notwendig gewesen, da alle verwaltungsinternen Bereiche und externe Einrichtungen gemeinsam die Herausforderungen bewältigen müssen, damit Integration weiterhin gelinge.

Das nunmehr vorliegende ‚Handlungskonzept der Stadt Wilhelmshaven zur Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund‘ beziehe sich auf das vom Rat im Jahr 2011 verabschiedete Handlungskonzept, welches seitdem die Leitlinien der Integrationspolitik der Stadt Wilhelmshaven bestimme.

Das fortgeschriebene Handlungskonzept umfasse die sechs Handlungsfelder Wohnen im Stadtteil, Bildung, Arbeit, Beratung und Unterstützung, aktive Stadtgesellschaft sowie Vielfalt leben in der Verwaltung.

Von grundlegender Bedeutung für den Integrationsprozess sei das Handlungsfeld Bildung mit den Schwerpunkten frühkindliche Bildung, Schule, Übergang Schule-Beruf sowie Sprach- und Integrationskursen.

Bei den im Konzept aufgeführten Maßnahmen handle es sich vielfach um bereits vorhandene Angebote und in einem anderen Kontext angedachte Projekte. Insofern stelle das vorgelegte Papier in weiten Teilen quasi auch eine Zusammenfassung der Integrationsarbeit in Wilhelmshaven dar. So werde z. B. im Sanierungsgebiet Tonndiech ganz konkret über Einrichtungen und Orte der Begegnung nachgedacht. Dies entspreche der Forderung des Konzeptes, den Aspekt der Integration im Prozess der Stadtentwicklung aufzunehmen.

Das Integrationskonzept richte seinen Blick auch nach innen in die Struktur der Verwaltung und die Politik der Stadt Wilhelmshaven. So werde angeregt, die Verortung und den Aufgabenzuschnitt des Migrationsbüros neu zu überdenken. Außerdem werde vorgeschlagen, das Thema Integration in den politischen Gremien sichtbarer zu machen, z. B. durch die Erweiterung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales um den Aspekt der Migration/Integration.

Frau Bakir fragt nach der Anzahl und den Aufgaben der Integrationslotsen.

Herr Leonhardt geht aktuell von 12 zur Verfügung stehenden Integrationslotsen aus; davon seien zwischenzeitlich jedoch auch einige nicht mehr aktiv.

Frau Biermann teilt mit dass die Aufgaben umfassend seien, sich im Laufe der Zeit aber auch durchaus verändert hätten. Am Anfang stand dabei die Unterstützung beim „ankommen“ in Wilhelmshaven im Vordergrund, wie beispielsweise die Unterbringung, Behördenkontakte oder auch banale Dinge wie Müllentsorgung. Jetzt dagegen seien sprachliche Integration, frühkindliche Bildung, schulische und berufliche Bildung oder Weiterbildung etc. Bereiche, bei denen Integrationslotsen, die natürlich je nach Stärken auch unterschiedlichste Schwerpunkte abdecken, helfen und unterstützen.

Herr Koût lobt die Herangehensweise der Verwaltung bei der Erstellung des Konzeptes auch sämtliche mit Integration befasste Einrichtungen frühzeitig einbezogen zu haben. Er tritt der Auffassung, Beratung und Betreuung „zurückfahren“ zu können, entgegen. Das Gegenteil sei der Fall – gerade jetzt gelte es, anders ausgerichtete Unterstützung und Hilfen anzubieten.

Einhellig würdigt der Ausschuss diesen Entwurf und sagt Unterstützung zu.

5 Vorlagen an den Rat

5.1 Ergebnisse Zuschussverhandlungen Großtagespflege in Wilhelmshaven

342/2019

Herr Schönfelder verweist auf im Vorfeld durchaus kontrovers geführte Diskussionen, die aber zu der Grundsatzentscheidung geführt hätten, nunmehr auch Großtagespflege anbieten zu wollen und sich somit auch konzeptionell neu aufzustellen. Nach erfolgtem Interessenbekundungsverfahren lägen jetzt zwei interessante Angebote vor. Man sei zuversichtlich mit beiden Anbietern, zeitnah die Zuschussvereinbarung abschließen zu können.

Herr Ratzmann informiert, dass der Zuschussbetrag, dieser werde 2020 übrigens bei 3,90 Euro liegen, sowohl in der Tagespflege wie dann auch in der Großtagespflege als Stundensatz Anwendung finden werde. Bei der Großtagespflege werde die Betreuung entgegen der Situation im Bereich der Tagespflege in separaten, angemieteten Räumen stattfinden. Der Mietzuschuss werde in gleicher Höhe wie der Stundensatz der allgemeinen Tagespflege gewährt. Durch das Rechtsamt wurde der Vertrag, die so genannte Zuschussvereinbarung, bereits erstellt und liegt zur finalen Abstimmung allen Parteien vor.

Auf Frage von Frau Heide erläutert Herr Ratzmann, dass die Großtagespflege erstens zusätzlich eine ergänzende Unterstützung vorhandener Angebote darstelle und zweitens auch nicht den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz ersetze. Die Bedarfe der Eltern gehen eindeutig in die Richtung einer Ganztagesbetreuung.

Würde man die Bedarfe erfüllen, müssten derzeitig die damit verbundenen Mehrkosten komplett von der Stadt Wilhelmshaven getragen werden, da die gesetzlichen Grundlagen einer Kostenübernahme durch das Land Niedersachsen oder gar dem Bund, fehlen.

Herr Schaarschmidt teilt mit, dass er sich an der folgenden Abstimmung nicht beteiligen werde.

Beschluss:

-einstimmig, bei 2 Enthaltungen und 1 Nichtteilnahme zugestimmt-

Der Jugendhilfeausschuss beschließt die Umsetzung der Großtagespflege mit den zwei Interessensbekundern, Evangelische Familien-Bildungsstätte Friesland-Wilhelmshaven und den Privatpersonen Schmill / Schulz an drei Standorten (Nord, Süd und Rüstersiel).

Beginn der Großtagespflegen Anfang 2020 / Ende 2023 (drei Jahre).
Der Zuschuss ist angeglichen an den Tagesmüttersatz der Stadt Wilhelmshaven. Pro Kind wird ein (in gleicher Höhe) Betriebskostenzuschuss gewährt.
Ein Investitionszuschuss von 200 Euro pro qm wird pro Großtagespflege gewährt.

5.2 Jugendparlament - Wahl- und Geschäftsordnung

343/2019

Herr Schönfelder informiert darüber, dass, nach Prüfung durch das Rechtsamt der Stadt Wilhelmshaven, die den Ausschussmitgliedern vorliegende Wahl- und Geschäftsordnung in einigen wenigen Punkten zu ändern gewesen ist; dabei handele es sich aber lediglich nur um redaktionelle Änderungen.

Sowohl die geänderte Wahl- wie auch Geschäftsordnung werden dem Protokoll als **Anlagen 2 und 3** dann beigelegt.

In voneinander getrennten Abstimmungen wird - sowohl der Wahlordnung wie auch der Geschäftsordnung - einschließlich der redaktionellen Änderungen - einstimmig zugestimmt.

Beschluss:

-einstimmig zugestimmt-

Der Rat beschließt, die Wahlordnung und die Geschäftsordnung des Jugendparlamentes, wie in der Anlage beschrieben, zu ändern.

6 Mitteilungen und Anfragen

6.1 Kita-Online - aktueller Sachstand

Herr Ratzmann teilt mit, dass die Einrichtungen mehrheitlich der Umstellung auf das Kita-Online-Anmeldeverfahren zugestimmt hätten. Im Februar 2020 werden dann die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kindertagesstätten und weitere Anwender durch den Anbieter, die Fa. Connedata, geschult.

6.2 Kostenvergleich: städtische Kita - Kita freier Träger

Herr Ratzmann erläutert den diesem Protokoll als **Anlage 4** beigefügten Kostenvergleich. Er kommt zu dem Ergebnis, dass die Kosten eines kommunalen und freien Trägers grundsätzlich in etwa gleichwertig zu bewerten seien.

Laut Statistischem Bundesamt belaufen sich die Pro-Kopf-Ausgaben für ein Kind in der Altersklasse ab 3 Jahren bis zum Schuleintritt in einer Einrichtung in öffentlicher Trägerschaft auf 6.100,00 Euro und 5.900,00 Euro in einer Kindertagesstätte in freier Trägerschaft. Neben dieser sich hier für den Ü3 Bereich ergebenden Differenz von 200,00 Euro sprächen auch einige, nicht unmittelbar mit Kosten in Verbindung zu bringende Argumente – im Einzelnen in der Anlage aufgeführt - zugunsten einer in freier Trägerschaft befindlichen Kindertagesstätte.

Frau Bakir wertschätzt die Arbeit der in freier Trägerschaft befindlichen Einrichtungen. Gleichzeitig spricht sie sich aber dafür aus, dass die Stadt Wilhelmshaven durchaus auch eine Kindertagesstätte in eigener, also kommunaler Trägerschaft, betreiben solle.

Herr Schaarschmidt verweist auf das nicht zu erwartende, häufig unterschätzte, bei freien Trägern bestehende ehrenamtliche Engagement. Selbst die geringe, fast zu vernachlässigende angemerkte Kostendifferenz von 200,00 Euro führe bei 1.900 Kindern immerhin zu Mehrkosten von rund 380.000,00 Euro.

Herr Koût plädiert ebenfalls für die Beibehaltung der vielfältigen Trägerlandschaft ohne kommunale Kindertagesstätte.

Frau Heckmann sieht keine Vorteile, wenn die Stadt eine eigene Kindertagesstätte betreiben würde.

Frau Schrecker-Steinborn befürchtet eine Gefahr für die bestehende gute vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Arbeitsgemeinschaften der kirchlichen und freien Träger mit der Stadt Wilhelmshaven, wenn die Stadt eine eigene Kindertagesstätte betreiben würde.

Darüber hinaus könne die Stadt nicht, wie kirchliche oder private Einrichtungen, mit finanziellen Zuschüssen (z. B. kirchliche Unterstützung, Aktion Mensch, etc.) kalkulieren. Auch das Betreiben nur einer Kindertagesstätte sei nicht wirtschaftlich.

Herr Schönfelder sagt, dass man unter Berücksichtigung der jetzt bekannten Eckdaten in politisch zu führenden Diskussionen ggf. eine Grundsatzentscheidung treffen solle, ob man im Zuge der weiteren Kindertagesstättenbedarfsplanung die Trägerlandschaft um eine kommunale Einrichtung erweitere.

6.3 Großtagespflege - Sachstand

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es keine weiteren Anmerkungen.

6.4 Sprachförderung Land Niedersachsen § 18 a KiTaG

Herr Ratzmann informiert darüber, dass die Sprachförderung der Kommunen durch das Land Niedersachsen jetzt gesetzlich verankert ist (§ 18 a KiTaG).

Aus diesen Geldern werde auch die Sprachförderkraft, Frau Jana Borowski, (noch) unter Vertrag bei der AWO Weser-Ems, örtlich im Sprachheilzentrum in der Masurenstraße angesiedelt, komplett finanziert.

Es sei beabsichtigt, wie es in vielen Kommunen in Niedersachsen bereits praktiziert werde, Frau Borowski direkt beim Jugendamt der Stadt Wilhelmshaven zu beschäftigen. Mit einer dann „eigenen“ Mitarbeiterin wäre eine einfachere, noch bessere inhaltliche Zusammenarbeit gewährleistet. Zusätzliche Kosten entstünden nicht. Die Beschäftigung von Frau Borowski wäre ja, bedingt durch die Landesförderung, kostenneutral.

6.5 Kita-Plätze

Frau Bakir fragt, ob es aktuell freie Kita-Plätze gebe.

Herr Ratzmann erläutert, dass unter Verwendung planerischer Hilfsmittel, wie dem ‚Hildesheimer Modell‘, statistisch lediglich drei Kinder unversorgt sein dürften. Im Jugendamt gehe man von einer Zahl im unteren zweistelligen Bereich aus. Diese Diskrepanz habe unterschiedliche Ursachen; beispielhaft seien genannt:

- weiterhin steigende Bedarfe - u. a. ansteigende Zuzüge von außerhalb
- vorhandene freie, für Suchende leider unattraktive Nachmittagsplätze
- durch vertragliche Vereinbarung blockierte – aber nicht in Anspruch genommene Plätze

Durch die für das nächste Jahr geplante Einführung der Online-Anmeldung erwarte man nicht nur unbürokratische und schnelle Versorgung mit Kita-Plätzen, sondern hoffe auch darauf, nicht zuletzt wegen des Wegfalls der in den Einrichtungen bestehenden Wartelisten, jederzeit aktuelle Daten von ggf. Platzsuchenden zu erhalten.

Aktuell, derzeitig nach Kita-Plätzen nachfragende Personen sollen sich direkt an die Kindertagesstätten, das Familienkinderservicebüro oder das Jugendamt (16-1551) wenden.

Wertvolle Informationen über Betreuungsangebote erhalte man auch im Internet aus der so genannten Betreuungsbörse unter Wilhelmshaven.betreuungsboerse.net

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung 17:30 Uhr

gez.

gez.

gez.

Schönfelder
1. Stadtrat

Dr. Schulte
Vorsitzender

Broda
Protokollführer